

8. Mit dem Aufruf zu einem weltweiten Gebetstag für Südafrika ist eine neue Aufgabe der ökumenischen Bewegung in den Blick gekommen. Es geht nicht mehr allein um das Ringen um die Einigkeit im Glauben oder um eine Verständigung in den politischen und ethischen Kontroversfragen. Es gilt darüber hinaus um die geistliche Gemeinschaft in Christus zu ringen und zu beten. Die Fürbitte in einer weltweiten christlichen Gemeinschaft mit ihren so unterschiedlichen kirchlichen, theologischen und politischen Kontexten erfordert eine erneuerte ökumenische Spiritualität. Die vielfältigen Reaktionen auf den Gebetsaufruf und die Gebetstexte für Südafrika zeigen, daß die Bereitschaft besteht, diese Herausforderung anzunehmen. Der Weg dahin wird freilich eines langen Atems bedürfen und sicher noch in manche Kontroverse hineinführen.

Heinz Joachim Held

Neutralität gegenüber Apartheid ist nicht möglich

Bericht über eine Reise nach Südafrika

Zum ersten Mal war Anfang Februar 1986 eine Gruppe von Abgeordneten der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament nach Südafrika gereist, außer mir eine britische und eine belgische Kollegin, ein spanischer und ein italienischer Kollege. Wir alle gehören der gemeinsamen Versammlung AKP-EG des Lomé-Abkommens an und kamen gerade aus Swaziland von der jährlichen Konferenz, wo es heftige Debatten gegeben hat hinsichtlich der Rolle der Europäischen Gemeinschaft bei der Bekämpfung der Apartheid und über die – neuerdings auch finanzielle – Unterstützung der Apartheidopfer sowie eine verstärkte Unterstützung der Frontstaaten und der SADCC-Staaten.

Der Reise vorausgegangen war eine Diskussion innerhalb der Fraktion, ob ein offizieller Besuch Südafrikas überhaupt von den uns nahestehenden Gruppen der Befreiungsbewegung gewünscht würde. Wir einigten uns darauf, keine parlamentarisch-neutrale Informationsreise, sondern einen Solidaritätsbesuch auf der Grundlage eindeutiger Parteilichkeit zu machen. Deshalb baten wir den Südafrikanischen Kirchenrat um eine Einladung, die wir zusammen mit einem umfassenden Besuchsprogramm erhielten. Wir verzichteten auf jegliche Regierungskontakte und beendeten die Informationsreise mit einem offiziellen Besuch der Führung des Afrikanischen Nationalkongresses in Lusaka. In Südafrika haben wir uns konzentriert auf Gespräche mit den Vertretern der demokratischen Opposition aus den Kirchen, Gewerkschaften, der Wirtschaft und Wissenschaft, der United Democratic Front und verschiedener Initiativgruppen, wie dem Unterstützungskomitee der Eltern von Verhafteten (Detainees Parents' Support Committee) und dem Soweto-Eltern-Krisen-Komitee (Soweto Parents' Crisis Committee).

Diese Einschränkung hat sich bewährt, weil sie uns als Beteiligte und Verbündete auswies. Ich bin überdies der Überzeugung, daß in der aktuellen südafrikanischen Situation eine neutrale Haltung gegenüber dem Apartheidregime gar nicht möglich ist. Wer meint, eine „einerseits-andererseits“-Beobachterhaltung einnehmen zu können, wird faktisch zum Handlanger der Unterdrücker. Diese Überzeugung ist das wichtigste Ergebnis meiner Erfahrungen in Südafrika und meines Nachdenkens über dieses Land.

Wolfram Kistner, Leiter der Abteilung für Gerechtigkeit und Versöhnung im Südafrikanischen Kirchenrat, bestätigte mir meine Überzeugung mit einer Glaubensaussage: „In der gegenwärtigen Situation ist es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht des Christen, Widerstand zu leisten.“ Schon im Interesse der Wahrheitsfindung ist eindeutige Parteinahme geboten, um die bedenklich wachsende Flut von Südafrika-Interpretationen einzudämmen, mit denen die Öffentlichkeit überschwemmt wird. Die widersprüchlichen Berichte von sich als kompetent ausgebenden Südafrikareisenden stimmen bedenklich. Sie erzeugen, so befürchte ich, ein Gesamtbild von Beliebigkeit, von einer vermeintlich offenen Situation, in die dann auch die verschiedenen Absichtserklärungen des Staatspräsidenten Botha, in die die gezielte Staatspropaganda, in die die an sich mangelhaft begründeten Vorstellungen eines „konstruktiven Engagements“ bequem hineinpassen. Denn dann stimmt es ja vielleicht doch, was die europäischen Konservativen im Verein mit der Reagan-Administration nicht müde werden zu wiederholen: Südafrika, ein Vielvölkerstaat, braucht Zeit, um seine vielschichtigen Probleme zu lösen, Zeit für schrittweisen Wandel zur Überwindung der Apartheid, um Revolution und Chaos zu vermeiden. Ich bezweifle nicht, daß viele Menschen davon ehrlich überzeugt sind und nicht merken, daß sie benutzt werden von denen, die die gleichen Argumente nutzen, um radikale Veränderungen zu verhindern, die sie nicht wollen, da die bestehenden Verhältnisse ihren Interessen nützen.

In einfachen, überzeugenden Worten hat neulich der Exilvorsitzende des African National Congress, Oliver Tambo, es so formuliert: „Dieses System bringt einer Minderheit große Vorteile, für sie ist es ein Paradies. Für eine große Mehrheit ist es die Hölle. Niemand geht freiwillig aus dem Paradies, er muß gedrängt werden. Das ist der Unterschied zu denen in der Hölle.“

Diese Minderheit hat sich selbst 87 % des Bodens, des fruchtbaren, Gold und viele andere Schätze bergenden Bodens, zugeteilt und die restlichen 13 % des Landes der großen Mehrheit der Südafrikaner. Diese zumeist wertlosen und armen Gebiete sollen die „Heimatländer“ der Schwarzen sein, zehn nach rassistischen Kriterien zugeteilte Gebiete. Die sogenannten Heimatländer, in Hunderte von Einzelgebieten zerstückelt, jedoch bieten keine Heimat, sie haben keine historisch gewachsene Bedeutung, sie sind lediglich Hinterhöfe des Staates. Dorthin werden die für den Wirtschaftsprozess als Arbeitskräfte nicht Tauglichen und die für die vielfältigen Dienste bei den Weißen nicht Benötigten abgeschoben, die Kinder, Frauen, Kranken, Alten. Das Apartheidsystem verfeinert sich mehr und mehr. Es überträgt auf diese Heimatländer hoheitliche Befugnisse, es macht sie zu unabhängigen Republiken wie Transkei, Ciskei, Venda, Bophutatswana und bald als fünfte Republik KwaNdebele. Wer gezwungen ist hier zu leben, verliert die südafrikanische Staatsbürgerschaft, wird nochmals ausgenutzt, da die mühsam errungenen, geringen Arbeitsrechte Südafrikas ungültig und keine Gewerkschaften zugelassen

sind. Kein Staat der Welt erkennt diese Gebilde an, die nur der Festigung der Herrschaft derer dienen, die ihren Aufenthalt im Paradies nicht aufgeben wollen.

Die Situation in Südafrika ist nicht offen, Apartheid läßt sich nicht reformieren, sie kann nur abgeschafft werden. Nichts an ihr ist auch nur auf Zeit zu rechtfertigen. Sie ist ein menschenverachtendes, kaltblütig geplantes, ausgeklügeltes System ökonomischer und sozialer Ausbeutung der schwarzen Mehrheit sowie des Entzuges von politischen und persönlichen Freiheitsrechten.

Die auf ein Gesetz von 1913, den Native Land Act, zurückgehende Homeland-Entwicklung ist nur ein Teil dieses Systems, allerdings ein wesentlicher, den das Botha-Regime konsequent verfolgt. Fast genügt es, sich den Terror und das Elend der Zwangsumsiedlung vor Augen zu führen, um zu verstehen, daß die Hoffnung auf Wandel fehl am Platz ist.

Die gesamte demokratische Opposition in Südafrika ist sich in dieser Beurteilung einig. Sie wird deshalb auch niemals einen der Homeland-Minister als Führer anerkennen. Sie sind Figuren im Kalkül der Herrschenden, von ihnen genutzt, um Stellvertreterfunktion im Unterdrückungsapparat zu übernehmen. Dies trifft auch auf den Chefminister des Homelands KwaZulu zu, Mangasutu Gathsa Buthelezi. Es ist politisch töricht, wie insbesondere die konservativen Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland den Zulu-Minister wie einen Staatsmann empfangen und sich im „konstruktiven Engagement“ auf die Seite der Apartheid stellen. In keinem der vielen Gespräche, die wir in Südafrika führten, ist Gathsa Buthelezi in irgendeiner Weise positiv bewertet worden. Formal gesehen ist er der Führer der 6 Millionen Zulus, aber bei weitem nicht der politische Führer aller Zulus, und schon gar nicht einer für die Mehrheit der Schwarzen.

In dem Bemühen um eine klare Einschätzung der südafrikanischen Situation, die Parteinahme für die Unterdrückten einschließt, nehme ich drei Dokumente zu Hilfe, die von den drei entscheidenden Gruppen des südafrikanischen Widerstandes herausgegeben worden sind. Es handelt sich um

1. die Freiheitscharta von 1955, das immer noch gültige Grundsatzprogramm des African National Congress und der United Democratic Front;
2. die Satzung der Ende November 1985 gegründeten gewerkschaftlichen Dachorganisation COSATU (Congress of South African Trade Unions);
3. den als KAIROS-Dokument bekanntgewordenen theologischen Kommentar vom September 1985, veröffentlicht von einer Gruppe südafrikanischer Christen.

Diese drei Dokumente, die zunächst recht unterschiedlich von der zeitlichen und inhaltlichen Zuordnung sowie von ihrem Adressatenkreis erscheinen mögen, weisen ein bedeutendes gemeinsames Merkmal auf: Sie sind in einem äußerst differenzierten Meinungsbildungsprozeß entstanden. Die Dokumente sind sowohl programmatisch als auch im Gestaltungsprozeß Ergebnis der Beteiligung sehr vieler Menschen und Ausdruck stärksten demokratischen Willens. Die häufig fast routinemäßige Selbstverständlichkeit, mit der bei uns die großen gesellschaftlichen Institutionen ihre programmatischen Aussagen entwickeln, verstellt uns vielleicht den Blick für das Außerordentliche an diesem Vorgang.

Die Freiheitscharta ist im Südafrika der 50er Jahre trotz der Verhaftungen, Folter, Einschüchterung, Spitzeltum und Polizeiherrschaft, trotz systematischer

Unterdrückung von Bildung, Transport- und Kommunikationsmöglichkeiten als großes demokratisches Manifest entstanden. Seine Sätze lesen sich heute so bewegend wie vor 30 Jahren und umschreiben den leidenschaftlichen Willen nach Frieden und Gerechtigkeit. „Südafrika gehört allen, die in ihm leben, schwarz und weiß, und keine Regierung kann rechtmäßig Autorität fordern, wenn sie sich nicht auf den Willen des Volkes beruft“, heißt es in der Präambel. In seiner politischen Orientierung ist es ein maßvolles, an den Vorstellungen des demokratischen Sozialismus ausgerichtetes Programm, auf das unsere Gesprächspartner vom ANC und UDF stets verwiesen, wenn wir sie nach ihren Zielen für das befreite Südafrika befragten.

In Kenntnis dieses Sachverhaltes dürfte m. E. kein sich der Demokratie verpflichteter Europäer den ANC als moskauhörige Terrororganisation verdächtigen. Im Gegenteil ist es ein Gebot politischen Verantwortungsbewußtseins, sich für die Aufhebung des Verbots des ANC mit Nachdruck einzusetzen, seine Führer aus Exil und Gefangenschaft zu befreien, sich nüchtern mit seinen Zielen auseinanderzusetzen und damit Südafrika den dringend notwendigen Dialog über seine Zukunft zu ermöglichen, und zwar mit den Kräften, die in jedem Fall Träger dieser Zukunft sein werden.

Zu diesen Kräften gehören gleichrangig mit dem ANC und der UDF die unabhängigen schwarzen Gewerkschaften. Im Widerstand gegen die Apartheid haben sich in den letzten 5 Jahren die Mitgliedszahlen in eindrucksvoller Weise erhöht. Ende 1984 waren von den schwarzen Arbeitnehmern, offiziell auf 6 Millionen beziffert, über 900 000 in unabhängigen schwarzen Gewerkschaften organisiert (wobei nach südafrikanischem Sprachgebrauch „schwarz“ auch die sog. Farbigen und die Menschen asiatischer Abstammung einschließt). Inzwischen sind die Zahlen weiter gestiegen, die Gewerkschaften können nicht mehr abgeschafft werden, ihre Politisierung wächst.

Diese Entwicklung ist gewiß nicht gradlinig, nicht ohne Widersprüche. In den Homelands werden gewerkschaftliche Aktivitäten aufs schwerste behindert, zudem gibt es eine Fülle von z. T. kurzlebigen, kleinen, betriebsbezogenen Gewerkschaften, schließlich die nicht unbedeutende Gruppe der sich zur Apartheid bekennenden weißen Gewerkschaften, deren Einfluß unter dem Druck der Wirtschaftskrise und zunehmender Arbeitslosigkeit wächst. Aber gerade vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der immensen objektiven Schwierigkeiten, denen die Arbeiterbewegung in Südafrika zu begegnen hat, verdienen die gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse der letzten Zeit besondere Beachtung. Hierbei ist zweifellos das herausragende Ereignis die Gründung des Congress of South African Trade Unions (COSATU) Ende November 1985 in Durban. Vier Jahre lang hatten die vorbereitenden Verhandlungen innerhalb der unabhängigen Gewerkschaften gedauert, haben landesweit Versammlungen stattgefunden, waren Argumente für und gegen Beteiligung von Weißen, für und gegen staatliche Anerkennung erörtert worden. Das Ergebnis, nach dem Willen der 800 Delegierten, ist das größte Gewerkschaftsbündnis der südafrikanischen Geschichte mit mehr als 500 000 Mitgliedern aus 36 Einzelgewerkschaften, darunter so mächtige wie die National Union of Mine Workers (NUM).

Das in Durban verabschiedete Gewerkschaftsprogramm trägt die gleichen Merkmale des demokratischen Entstehungsprozesses und Gestaltungswillens wie die Freiheitscharta und verdient wie sie unsere Anerkennung. Mit seinen Prinzipien

„One Industry – one Union“, „One Nation – one Federation“ und nach demokratischen Regeln zu wählenden Funktionären weist es in die Richtung, die die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg eingeschlagen haben. Es ist damit in meinen Augen eines der tragenden Fundamente des demokratischen Widerstandes und des zukünftigen befreiten Südafrikas. Unsere verschiedenen Gespräche mit Gewerkschaftsführern, darunter der Geschäftsführer vom COSATU und der Präsident der Bergarbeitergewerkschaft NUM, haben uns Persönlichkeiten von hohem Rang nahegebracht, denen man die Geschicke des Landes gerne anvertrauen würde. Gerade gegen sie wie gegen viele andere Gewerkschafter richten sich jedoch die Zwangsmaßnahmen des Regimes mit Verhaftungen, Folter und Mord. Wie Hohn mutet es an, immer noch von den Anhängern des Reformkonzeptes zu hören, für ein allgemeines und gleiches Wahlrecht für alle Bürger sei die südafrikanische Bevölkerung noch nicht entwickelt.

Ich wende mich dem letzten der drei Dokumente zu, die für mich die wesentlichen Beweise sind, um die Ideologie des Botha-Regimes zu entlarven, wie auch die seiner Unterstützer in den westlichen Industrienationen. Das KAIROS-Dokument ist entstanden in gleicher, demokratischer Beteiligung vieler Menschen und wurde mit dem Ziel erarbeitet, darüber nachzudenken, welches die richtige und angemessene Reaktion der Kirche und aller Christen auf die Entwicklungen in Südafrika sein müßte. Es erhebt aber nicht den Anspruch, eine Positionsbestimmung der südafrikanischen Kirche zu sein. Schon bei der Fülle der verschiedenen Denominationen, zu denen auch die ganz jungen Gemeinden, die sich „unabhängige Kirchen“ nennen, ihre Besonderheit beisteuern, und vor allem aber wegen der tragischen Zerrissenheit der Kirche in diesem Lande wäre das schwer erreichbar. Denn die Kirchen in Südafrika sind mit der Tatsache konfrontiert, daß einerseits die Mehrzahl ihrer Mitglieder sich in einer überaus schweren wirtschaftlichen und politischen Notlage befindet, andererseits diejenigen, die für diese Unterdrückung Verantwortung tragen, auch Christen sind.

Innerhalb der Kirchen gibt es verschiedene Sichtweisen der Apartheid. Manche Christen und Kirchenvertreter sehen in ihr lediglich individuelle Haltungen von Menschen verschiedener Traditionen, die es zu ändern gälte, um dadurch schließlich das System zu ändern. Andere sind überzeugt, daß Apartheid ein politisches, wirtschaftliches und soziales Machtgefüge darstellt, das durch Besinnungswandel nicht erfolgreich bekämpft werden könne. Im Ringen um eine gültige Auslegung der christlichen Botschaft im Apartheidstaat ist das KAIROS-Dokument als „Herausforderung an die Kirche“ entstanden. Es ist nicht meine Aufgabe, mich in die theologische Diskussion seiner Bewertung einzumischen, wiewohl auch ich auf deren Verlauf und Ergebnis gerade bei uns in der Bundesrepublik sehr warte. Vielmehr beschäftigen mich wesentliche politische Konsequenzen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben. Hier geht es vor allem um die im KAIROS-Dokument benannten Probleme der Versöhnung, der Gewaltlosigkeit und einer eventuellen direkten Parteinahme und deren konkrete Formen.

Die Verfasser bieten aufgrund ihrer Lebens- und Glaubenserfahrungen Antwort zu diesen Problemkreisen an, die es verdienen, sehr ernstgenommen zu werden. Mir scheinen sie zudem schwer widerlegbar zu sein für jemand, der sich ebenfalls im christlichen, brüderlich-schwesterlichen Geist unausweichlich an die Seite der Leidenden und Unterdrückten stellt – und nur aus dieser Position heraus wäre ja eine

Politik überhaupt legitim. Das besondere an den Aussagen des KAIROS-Dokuments ist für mich der Wert, den sie über den kirchlichen Raum hinaus für die politische Reflexion und Praxis haben. So ist die theologische Entlarvung eines falschen Versöhnungsbegriffes, der bestehendes Unrecht billigend in Kauf nimmt, hilfreich für die Erkenntnis, daß die Politik des „konstruktiven Engagements“, wie sie von den Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Bundesrepublik immer noch verfolgt wird, keinen Beitrag zur Überwindung der Apartheid leistet, sondern Unterdrückung bejaht.

Ebenso wertvoll erweist sich in diesem Zusammenhang die Analyse des Gewaltproblems. Die allgemeine Ablehnung von Gewalt ist zu pauschal, sagen die Verfasser und werfen die Frage auf: „Ist es – insbesondere unter den gegebenen Umständen – berechtigt, das rücksichtslose und repressive Handeln des Staates einerseits und die verzweifelten Verteidigungsversuche des Volkes andererseits mit ein und demselben Wort zu bezeichnen, nämlich mit dem Wort ‚Gewalt‘, deren Anwendung die ‚Kirchentheologie‘ pauschal verurteilt? Müssen derartige Abstraktionen und Verallgemeinerungen nicht für noch mehr Verwirrung sorgen?“ Die Frage verlangt geradezu nach einer Fortsetzung in den politischen Raum: Sind nicht die Verurteiler von Gewalt häufig diejenigen, die Kredite unserer Banken für südafrikanische Staatsunternehmen befürworten, die zustimmen, daß Hubschrauber der Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm an die südafrikanische Polizei verkauft werden?

Immer häufiger wird in der politischen Diskussion, in den parlamentarischen Debatten eine mögliche Unterstützung der südafrikanischen Befreiungsbewegung verknüpft mit der Forderung nach deren gewaltfreiem Widerstand. Solche Forderungen sind selten ehrlich und häufiger als verbrämte Ablehnung der Unterstützung gemeint. Es ist jedoch nicht einfach, dies aufzudecken, besonders wenn die Forderungen mit dem zusätzlichen Gewicht vermeintlicher christlicher Überzeugung behängt werden. Es ist eine notwendige Herausforderung an die Kirche, sich selbst solchem falschen Umgang mit ihren Werten zu widersetzen, um diesem Mißbrauch ein Ende zu bereiten.

Das im KAIROS-Dokument erörterte Problem der Parteilichkeit ist wohl die ernsteste Herausforderung an die Kirche und führt ins Spannungsfeld zwischen der erlösten Welt Gottes und der unerlösten sündigen Welt, in der wir uns befinden. Ich maße mir nicht an, von diesem Ernst etwas wegzunehmen, möchte jedoch betonen, wie hilfreich die unter der Überschrift „Herausforderung zum Handeln“ zusammengefaßten Überlegungen gerade für diejenigen sind, die handeln müssen und das zu verantworten haben. Ich greife damit die eingangs erwähnte These wieder auf, daß Neutralität dem Apartheidstaat gegenüber nicht möglich sei, und finde sie hier bestätigt. Die Erfahrung, daß christlicher Glaube und politische Überzeugung sich in ganz konkreter Weise aufeinander beziehen und zum Handeln anleiten können, war eine wichtige Erfahrung unseres Aufenthaltes in Südafrika. Diese Verknüpfung prägt die Träger des südafrikanischen Widerstandes, die unerschütterlich und tief überzeugt sind, das politische Ziel trotz allen Leidens endlich zu erreichen. Die christlichen Kirchen, soweit sie nicht in der Befangenheit der weißen Minderheit stehen, und ihre anerkannten Sprecher sind ein wesentlicher Faktor in diesem Geschehen. Sie sind nicht neben oder außerhalb der entscheidenden weiteren Gruppen der demokratischen Opposition verortet, sondern eng mit diesen verbunden.

Wir erlebten das persönlich, da wir als Gäste des Südafrikanischen Kirchenrates offenen Zugang hatten zu den schwarzen Townships auch in den Krisenregionen wie Soweto, Sebokeng und Crossroads, wo wir Gottesdienste mitfeiern durften und wo in Versammlungen die Sprecher der Schüler, Studenten, Frauen und der Bürgervereine (Civic Associations) uns berichteten. Die Kirche, so wie wir sie an diesen Orten kennenlernten, ist mit dem Leben der Menschen aufs engste verbunden. Sie stellt sich unter den Anspruch, den die Verfasser des KAIROS-Dokuments folgerichtig erheben, nämlich nicht „Dritte Kraft“ zwischen Unterdrückern und Unterdrückten zu werden, sondern mit den politischen Organisationen der Bevölkerung zu kooperieren. Die beiden Sonntagsmessen in einer der katholischen Gemeinden in Soweto, an denen wir teilnahmen, bleiben mir unvergeßlich. Solche Erlebnisse bedeuten aber zugleich eine tiefe Verpflichtung, die wir uns zu vergegenwärtigen haben, nachdem wir heimgekehrt sind. Am 16. Juni jährt sich zum 10. Mal der Tag, an dem von Soweto der Aufstand der südafrikanischen Jugend ausging und Hunderte im Kugelhagel der Polizei starben. Der Soweto-Tag ist ein Tag der Mahnung auch für uns in Europa.

Es muß endlich gelingen, von Europa, insbesondere von der Europäischen Gemeinschaft aus, eine konsequente, koordinierte Politik auf den Weg zu bringen, mit der Druck auf das Minderheitenregime Südafrikas ausgeübt wird. Dazu gehören eine Reihe von gezielten, politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, wie z. B. die strikte Einhaltung des Waffen- und Erdölembargos, die schrittweise Beendigung bestehender Handelsbeziehungen, Importverbot für südafrikanische Steinkohle, Gold, Platin und Agrarerzeugnisse. Für diese und weitere Maßnahmen, darunter eine konzentrierte Aktion der europäischen und amerikanischen Schuldnerbanken, liegen längst entscheidungsreife Pläne vor. Sie könnten in Kraft treten, sowie der politische Wille dafür stark genug ist, und das heißt in unseren Staaten mit parlamentarischer Demokratie immer auch: sowie genügend öffentliches Bewußtsein vorhanden ist. Manche dieser Maßnahmen werden für Teile der südafrikanischen Bevölkerung Erschwernisse mit sich bringen. Diejenigen, die davor so beredt warnen, sollten sich endlich klarmachen, daß solche Erschwernisse vergleichsweise gering wiegen gegenüber dem täglichen Leid, das auf den ausgebeuteten Menschen lastet und das es so schnell wie möglich zu beenden gilt.

Die Bundesrepublik hat dabei eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Neben den Vereinigten Staaten und Großbritannien unterhält sie die engsten finanziellen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Südafrika. An diese Staaten appellieren die Sprecher der Mehrheit des südafrikanischen Volkes mit besonderer Dringlichkeit, weil sie sich von ihnen im Stich gelassen fühlen. Der Politik der Bundesregierung gegenüber Südafrika wird fehlende Aufrichtigkeit vorgeworfen, da ihren Worten keine Taten folgen. Im Gegenteil, überzeugende internationale Maßnahmen werden abgelehnt und verhindert. Das ist eine Belastung für kommende Zeiten und bürdet uns eine Schuld auf wegen unterlassener Hilfe bei dem verzweifelte Versuch, dem täglichen Verlust von unschuldigem Menschenleben Einhalt zu gebieten.

Ich habe die Hoffnung, daß durch Diskussionen und Beschlüsse der Anti-Apartheid-Bewegung, der Gewerkschaften und der Kirche bei uns genügend heilsamer Druck ausgeübt wird, damit die in der politischen Verantwortung Stehenden ohne Aufschub ihren Beitrag leisten und nicht mehr aus ihrer Pflicht entlassen wer-

den. Der Beitrag Europas und der der Bundesrepublik Deutschland für die Befreiung des südafrikanischen Volkes muß endlich ungeschmälert aufgebracht werden.

Barbara Simons

Probleme theologischer Ausbildung in der Dritten Welt am Beispiel Süd-Pazifik

Vom 8. bis 12. Juli 1985 fand in Suva, der Hauptstadt von Fiji, eine ökumenische Konsultation zum Thema „Theologische Ausbildung im Pazifik“ statt. Sie wurde von der „Pazifischen Kirchenkonferenz“, dem „Theologischen College im Pazifik“ in Suva und der „Südpazifischen Vereinigung Theologischer Schulen“ gemeinsam verantwortet.

Den Teilnehmern lag ein Evaluierungsbericht über Inhalte und Strukturen theologischer Ausbildung im Süd-Pazifik vor. Verfaßt war er von drei Personen: von dem indischen Theologen J. Russell Chandran (bis vor einigen Jahren Prinzipal des United Theological College in Bangalore); von Charles Forman, Professor für Mission und Ökumene an der Divinity-School der Yale Universität in Connecticut/USA, und von Sevati Tuwere, dem Prinzipal des Theologischen College im Pazifik/Suva, der größten theologischen Ausbildungsstätte im Südpazifik. Sie hatten in den anderthalb Jahren vor der Konsultation zahlreiche Kirchen und zirka zwanzig theologische Schulen im Südpazifik besucht (auf Tahiti, Fiji, Kiribati, Tonga, Vanuatu, Neukaledonien, Papua-Neuguinea, Salomon-Inseln sowie auf den Marshall-Inseln).

Die verschiedenen protestantischen Missionen haben sehr früh dafür Sorge getragen, daß in den von ihnen gegründeten Kirchen theologische Schulen Evangelisten und ordinierte Pfarrer für die jeweilige Region bzw. Insel ausbildeten – mit dem Ergebnis, daß viele Institutionen sich heute als zu klein und als sehr teuer erweisen, nicht ausreichend ausgestattet sind und zu wenig – oft unterqualifiziertes – Lehrpersonal besitzen. Es mangelt an *Kontakt und Austausch* unter ihnen.

Wie schwierig die Verhältnisse sich im konkreten Bemühen um Kontakte erweisen, zeigt das Beispiel Vanuatu. Hier konnte das Team eine Bibelschule und ein kleines Seminar besuchen, nicht jedoch die drei Schulen, die Kandidaten von drei Denominationen für das ordinierte Pfarramt ausbilden. Die Colleges liegen auf drei fast un erreichbaren kleinen Inseln.

Die unterschiedlichen Anforderungen, die die verschiedenen Kirchen an ihren theologischen Nachwuchs stellen, werfen ein zusätzliches Licht auf die Schwierigkeiten, die engere Zusammenarbeit bisher verhindert haben. Nur drei der besuchten protestantischen Schulen bieten einen Abschluß, der etwa mit dem bei uns bekannten „Ersten Theologischen Examen“ verglichen werden kann, andere ein anerkanntes Diplom. Ungefähr die Hälfte der Schulen bieten nur ein „Certificate“ an, also ein internes, sonst nicht anerkanntes Abschlußzeugnis.